

# EUROPA-WIRTSCHAFT

## DER STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION EUROPAS IM HERBST 1956

### I. Allgemeiner Überblick

Die europäischen Integrationsbemühungen der letzten Monate standen ganz im Schatten der die Weltöffentlichkeit weit stärker bewegenden Suezkrise. Diese Krise hat erneut gezeigt, wie schwach die weltpolitische Stellung Westeuropas ist und wie wenig es daher zur Sicherung des Weltfriedens beitragen kann, wenn es nicht bald seine politische Zerrissenheit überwindet. Es mehren sich daher die Stimmen, die eine neue und echte europäische Autorität fordern, die allein eine einheitliche Politik betreiben, gleichartige Interessen vertreten und eine gemeinsame Sache verteidigen könnte. Nur ein vereintes Europa könnte nach den Worten von Vizekanzler *Blücher* die Beziehungen zwischen den früher mehr oder minder unselbständigen Staaten Afrikas und Asiens im Geiste des freundschaftlichen Zusammenlebens ordnen. Es hätte sich dabei nicht den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß es sich bei seinen Handlungen um die Fortsetzung der „Kolonialpolitik“ handle, es vermöchte auch der politischen Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands zuverlässig wirkungsvolle Unterstützung geben und würde ein Bürge gegen einen neuen Weltbrand sein<sup>1)</sup>. Auch *François-Poncet* brachte zum Ausdruck, daß eine bessere Zukunft für Europa nur in der Solidarität, in einer Union liege, die nicht eng genug sein könne<sup>2)</sup>.

Ebenso bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Feststellungen von *Robert Schuman* und *Carlo Schmid*. Man sei sich jetzt, sagte Schuman auf der kürzlichen Tagung der europäischen Parlamentarier in Wien, dessen bewußt, daß ein neuerliches negatives Votum für Europa einer unwiderruflichen Abdankung und einer nicht gutzumachenden Selbstaufgabe gleichkäme. Das „Europa der Sechs“ bezeichnete er als eine Vorhut des geeinten Kontinents von morgen. Dieses Kleineuropa „wird in einem Gesamteuropa aufgehen, das sich zusammenschließen wird angesichts der sich allen aufdrängenden Aufgaben sowie angesichts einer immer deutlicher werdenden gemeinsamen Ge-

fahr“. Carlo Schmid wiederum betonte, daß Europa nur dann eine Chance haben werde, wieder Subjekt seines Geschickes zu werden, wenn die europäischen Staaten ihr Verhältnis zu den Völkern Asiens und Afrikas auf eine Grundlage stellen würden, die unserem Jahrhundert zeitgemäß sei. „Handelt Europa so“, sagte er, „dann wird kaum zu befürchten sein, daß die Völker Asiens und Afrikas sich denen anschließen, die aus der Welt verbannen wollen, was uns das Leben erst lebenswert macht: die Freiheit und die Unverzichtbarkeit des Wertes der Existenz einer jeden menschlichen Persönlichkeit“<sup>3)</sup>.

Im ganzen gipfeln diese Stimmen mehr oder weniger darin, daß keine Zeit mehr ist, „die Verwirklichung der europäischen Idee einem weisen, aber langsamen Schicksal zu überlassen, das sie je nach den Schwankungen des nationalen Bewußtseins der verschiedenen Länder immer wieder einen Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts tun ließe“<sup>4)</sup>. Es wird hervorgehoben, daß die Mächte, die heute die kräftigsten Anstrengungen zur Verteidigung der „Rechte Europas am Suezkanal“ unternehmen, am meisten dazu beigetragen haben, die europäische Idee auf ein Abstellgleis zu schieben<sup>5)</sup>.

Kann man somit von einer erneuten Besinnung auf Europa und seine schlummernden Kräfte sprechen, so ist auf der anderen Seite nicht zu vergessen, daß es immer noch nicht gelungen ist, einen für alle annehmbaren Modus für die europäische Einheit zu finden. Während im Osten ein großer einheitlicher Wirtschaftsraum rasch heranwächst, wird die politische und wirtschaftliche Integration Westeuropas durch zahlreiche nationale Vorbehalte und Unentschlossenheit gehemmt.

Sind doch die bisherigen Auftriebskräfte der westeuropäischen Zusammenarbeit viel stärker auf die gemeinsame Not der Nachkriegsjahre als auf eine bessere Einsicht zurückzuführen. Mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung und nach einer gewissen Stabilisierung der weltpolitischen Verhältnisse haben sich daher — ein hartnäckiges Überbleibsel der Vergangenheit! — verständlicherweise auch die unterschiedlichen Zielsetzungen der einzelnen Länder wieder stärker bemerkbar gemacht. Der Verlauf der jüngsten Diskussionen innerhalb der OEEC oder über die bestehenden Brüsseler Integrationsprojekte beweist es ebenso wie etwa die deutsch-französischen Saarverhandlungen, bei denen der Europagedanke bisher ja nicht sehr hoch im Kurs stand. Entscheidend für die Weiterführung der europäischen Integrationspolitik wird es daher nach wie vor sein, wieweit es gelingt, die verschiedenen

1) Vizekanzler Dr. h. c. Franz Blücher: Der Weg nach Europa, in Rheinischer Merkur, Köln, Nr. 36 vom 7. September 1956.

2) Europa-Union, August-Ausgabe 1956, S. 1.

3) a.a.O., 1. September-Ausgabe, S. 2.

4) Grigore Gafencu: Europa und der Suezkanal, in Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 228 vom 19. August 1956.

5) a.a.O.

Vorstellungen und Interessen der einzelnen Länder zu überbrücken und zu einer gemeinsamen Willensbildung zu kommen.

Die Tätigkeit der bestehenden europäischen Organisationen und Gremien war in den letzten Monaten im allgemeinen darauf gerichtet, das bisher Erreichte zu festigen und den Weg für das weitere Vorgehen abzuzeichnen. Nachdem die Liberalisierung des europäischen Handels zunächst, wie es scheint, einen vorläufigen Abschluß gefunden hat, wendet die OEEC ihr Augenmerk immer stärker der Zusammenarbeit auf anderen Wirtschaftsgebieten zu, so vor allem auf dem der Atomenergie, der Agrarpolitik u. a. m. Die Beauftragten der Regierungen der sechs Montanunionstaaten in Brüssel haben dagegen die Aufgabe, den auf der Konferenz der Außenminister in Venedig gutgeheißenen „Sachverständigen-Bericht“ über die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes (Zollunion) in Europa und einer europäischen Atomenergiegemeinschaft (Euratom) in ein für die beteiligten Länder annehmbares Vertragswerk umzuwandeln<sup>6)</sup>. Erst wenn diese Vorarbeiten erfolgreich beendet, in eine akzeptable juristische Form gebracht, von den Regierungen gebilligt und von den Parlamenten ratifiziert worden sind, erst dann wäre der auf der Messinakonferenz vom Juni 1955 beschlossene neue „Anlauf nach Europa“ geglückt. Daß dies nicht von heute auf morgen der Fall sein kann, ist bei der Fülle der wirtschaftspolitischen, sozialen und technischen Probleme, für die eine vertragliche Lösung gefunden werden muß, nur verständlich. Selbst die Optimisten rechnen daher mit monatelangen Auseinandersetzungen, deren Ergebnis sich nicht voraussehen läßt.

Trotz der mit großer Mehrheit erfolgten Annahme der Entschliebung zugunsten der Euratom in der französischen Nationalversammlung am 11. Juli dürfte die Haltung Frankreichs, nach dem Verlauf der Debatten zu urteilen, die von François-Poncet beschönigend als „teilweise ermutigend, teilweise entmutigend“ bezeichnet worden sind, nach wie vor die größten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Beschlüsse von Messina und Venedig machen. Die Argumente, die am 30. August 1954 dazu dienten, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zum Scheitern zu bringen, waren auch in der jüngsten Debatte wieder zu hören. Auch hat die Entschliebung der Nationalversammlung einer Erläuterung von Robert Schuman zufolge juristisch noch nicht den Wert eines internationalen Abkommens und könne daher auch für dessen Abfassung nicht ausschlaggebend sein. Erst die Ratifizierung des jetzt in Brüssel in Vorbereitung befindlichen Euratom-Vertrages werde auch Frankreich festlegen. Schuman hob ferner hervor, daß die Frage des Gemeinsamen Marktes in Frankreich vernachlässigt werde. „Glück-

licherweise“, sagte er, „hat keiner der Vertragspartner Frankreichs die Zustimmung zu dem Euratom davon abhängig gemacht, daß der Vertrag über den Gemeinsamen Markt mit abgeschlossen wird. Ein Junktim in diesem Sinne besteht also nicht. Aber der enge Zusammenhang zwischen den beiden europäischen Einrichtungen, die seit der Konferenz von Messina geplant werden, ist doch unverkennbar, und die Verhandlungen über die beiden Verträge sollen ja auch parallel geführt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn man in Frankreich die Bedeutung dieser Zusammenhänge übersehen würde.“ Aus sicheren Quellen erfährt man, so schloß Schuman, „daß die anderen fünf Verhandlungspartner eventuell den Gemeinsamen Markt ohne Frankreich bilden würden, falls sie den Eindruck hätten, daß die Franzosen zu lange zögern oder zu viele Vorbehalte in diesem Punkte machen<sup>7)</sup>“. Auch diese Worte des französischen Staatsmannes zeigen, wie problematisch der Aufbau eines vereinigten Europa noch ist. Denn auf deutscher Seite z. B. lehnt man es bekanntlich ab, weitere Teilintegrationen zu gründen, d. h. den Euratom-Plan zu verfolgen, ohne gleichzeitig den Plan zur Schaffung des Gemeinsamen Marktes in Angriff zu nehmen.

Versucht man, das europäische Geschehen der letzten Monate zusammenzufassen und abzuwägen, um den gegenwärtigen Stand der Integrationsbemühungen zu kennzeichnen, so wird man feststellen, daß die Europaidee trotz aller bisherigen Fortschritte immer noch ständiger und echter Impulse bedarf, um einmal verwirklicht zu werden und nicht — wie bisher — nur ein unklares Fernziel zu bleiben.

## II. Die Lage auf einzelnen Sektoren OEEC

Auf der letzten Tagung des Ministerrats der OEEC, des Europäischen Wirtschaftsrates, die vom 17. bis 19. Juli in Paris stattfand, ist eine Reihe von Beschlüssen und Empfehlungen angenommen worden, durch die die Tätigkeit dieser bisher zweifellos erfolgreichsten europäischen Organisation in der nächsten Zeit bestimmt wird.

Unter anderem stand zum erstenmal auch das Problem der europäischen *Agrarpolitik* auf der Tagesordnung. Den Beratungen zu dieser Frage lag der Bericht des im Februar 1956 eingesetzten Ministerausschusses für Landwirtschaft und Ernährung über die „Agrarpolitik in Europa und Nordamerika“ zugrunde. Der Ministerrat billigte die Schlußfolgerungen dieses Berichts und stimmte auch den weiteren Arbeitsvorhaben des Ausschusses zu, die sich nach den Empfehlungen des Rates vor allem auf eine Verbesserung der Agrarstruktur, die Förderung

6) Näheres hierzu siehe Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1956, Heft 7, S. 433 und Heft 4, S. 245.

7) Europa-Union, 1. September-Ausgabe 1956, S. 1.

der Produktivität in der Erzeugung und Verteilung, die allmähliche Koordinierung der Agrarpolitik der Mitgliedstaaten und die gemeinsamen Maßnahmen zur Lockerung der Einfuhrhindernisse für Agrarerzeugnisse richten sollen. Damit ist auch dieser Wirtschaftsbereich nunmehr in die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC einbezogen.

Auf dem Gebiet der *Handelspolitik* galt es diesmal, bedeutende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten in der Frage der Fortführung der Liberalisierungspolitik zu überbrücken. Während mehrere Länder für die Konsolidierung, d. h. für die unbefristete Aufrechterhaltung der neunzigprozentigen Liberalisierung der privaten Einfuhren, die zunächst nur bis Ende September beschlossen worden war<sup>8)</sup>, eintraten, waren andere Staaten nur dafür, diese für eine beschränkte Zeit zu verlängern. Nach schwierigen Verhandlungen mußte sich der Rat zunächst darauf beschränken, die Geltungsdauer der bestehenden Liberalisierungsverpflichtungen der OEEC-Länder in praktisch unveränderter Form für eine neue vorläufige Periode zu verlängern, die bis Ende 1957 läuft. Damit wurde eine weitere Liberalisierung des europäischen Handels um achtzehn Monate vertagt. Das Handelsdirektorium der OEEC wurde gleichzeitig beauftragt, bis 15. September 1957 etwaige Abänderungsvorschläge zu den bisherigen Beschlüssen über die neunzigprozentige Liberalisierung vorzubereiten und bis 1. April nächsten Jahres dem Rat über die Möglichkeit zu berichten, auch den Staatshandel in die Berechnung der Liberalisierungssätze einzubeziehen. Ferner soll bis 31. Oktober 1957 die allgemeine Lage auf dem Gebiet der Handelsliberalisierung und des Abbaus sonstiger Handelsbeschränkungen neu geprüft werden. Auf Vorschlag des Generalsekretärs der OEEC, *Rene Sergent*, wurde schließlich beschlossen, eine besondere ministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, um die Möglichkeiten einer Assoziation der von den Staaten der Montanunion angestrebten Zollunion mit den anderen OEEC-Ländern durch die Bildung einer gemeinsamen europäischen Freihandelszone näher zu untersuchen. Der Vorschlag, eine europäische Freihandelszone zu schaffen, hat sowohl bei den sechs Ländern der Montanunion als auch bei der britischen Delegation lebhaft Zustimmung gefunden. Die Arbeitsgruppe soll ihren Bericht vor Ende dieses Jahres dem Ministerrat vorlegen.

Zweifellos blieben die Beschlüsse des Ministerrates in Fragen der Handelspolitik hinter den Erwartungen zurück. Man darf jedoch nicht vergessen, daß diese „Beschlüsse“ gegenseitige Vereinbarungen aller Mitglieder sind, die gemäß der OEEC-Konvention auf dem Prinzip der Einstimmigkeit beruhen.

8) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1956, Heft 4, S. 246.

Um eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Atomenergie einzuleiten, beschloß der Ministerrat, ein besonderes *Direktorium für Atomenergie* im Rahmen der OEEC einzurichten. Aufgabe des Direktoriums, dem auch Vertreter der USA und Kanadas angehören, soll es sein, die Gründung gemeinsamer Unternehmungen vorzubereiten, die Organisation der Sicherheitskontrolle zu übernehmen, für die Angleichung erforderlicher gesetzlicher Vorschriften zu sorgen usw. Zunächst sind drei Unternehmungen geplant, und zwar ein Werk für Isotopentrennung, also für die Produktion von angereichertem Uran, ferner ein Werk für die chemische Behandlung des bestrahlten Urans zum Zwecke der Plutoniumgewinnung und ein Werk für die Gewinnung schweren Wassers. Zur Vorbereitung dieser Gründungen werden drei „Studiensyndikate“ ins Leben gerufen, an denen sich alle Mitgliedstaaten beteiligen können. Die Aufgabe dieser „Syndikate“ soll es sein, die technischen, finanziellen und juristischen Voraussetzungen für die gemeinsame Durchführung der Projekte zu untersuchen.

Für die Behandlung der Probleme der Versorgung mit klassischer Energie wurde bei der OEEC ein *Europäischer Energieausschuß* gebildet. Eine besondere Ministergruppe, die unter dem Vorsitz des Präsidenten des Ministerrates, des britischen Schatzkanzlers *Macmillan*, stehen wird, wurde schließlich damit beauftragt, die wirtschaftliche Lage der einzelnen Mitgliedsländer zu untersuchen, ihre Wirtschaftspolitik zu überprüfen und Vorschläge zu ihrer Abstimmung auszuarbeiten.

## Montanunion

Nach Feststellungen der Hohen Behörde hielt die Hochkonjunktur in den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im ersten Halbjahr 1956 weiter an<sup>9)</sup>. Die industrielle Erzeugung der Gemeinschaft lag im zweiten Vierteljahr um etwa 10 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Infolge geringer Reserven an Arbeitskräften, besonders an der Ruhr und in Belgien, der Schwierigkeiten, mit denen eine Erweiterung der Produktionskapazitäten und die Rationalisierung der bestehenden Anlagen verbunden ist, und anderer Ursachen hat sich allerdings die seit dem ersten Vierteljahr 1955 rückläufige Zuwachsrate weiter vermindert, besonders in Westdeutschland.

Der gemeinsame *Kohlenmarkt* ist weiterhin angespannt. Die zunehmende Fehlmenge zwischen Aufkommen und Bedarf der Gemeinschaft macht immer größere Einfuhren amerikanischer Kohle erforderlich. Die Steinkohlen-

9) Monatliches Mitteilungsblatt, Juli 1956.

förderung der Gemeinschaft war im ersten Halbjahr 1956 mit 125,6 Mio t nur um rund 2,7 Mio t oder 2,2 vH größer als in dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Der größte Teil dieser Zunahme entfiel auf Westdeutschland. In Frankreich war die Kohlenförderung dagegen in allen Monaten dieses Jahres, mit Ausnahme des Juni, niedriger als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Der besonders starke Rückgang im Mai war vor allem auf die Einberufung zahlreicher junger Bergleute zum Militärdienst zurückzuführen. Während die Einfuhr der Gemeinschaft an Steinkohle aus dritten Ländern stark zugenommen hat, sind ihre Kohlenausfuhren nach diesen Ländern weiterhin zurückgegangen. Auch der Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft hat sich bei Steinkohle und Steinkohlenbriketts in der Berichtszeit erneut stark vermindert. Die Haldenbestände an Steinkohle und die Koksbestände bei den Kokereien sanken inzwischen auf ein so niedriges Niveau, daß praktisch keine Vorräte mehr an marktfähiger Kohle vorhanden sind. Seit Juni sind die Kohlenpreise in Frankreich, an der Saar und zum Teil auch in Westdeutschland weiter heraufgesetzt worden. Nach Vorausschätzungen der Hohen Behörde wird der Kohlenverbrauch der Länder der Gemeinschaft, Zechenselbstverbrauch und Deputate nicht einbezogen, im vierten Quartal 1956 auf 65,3 Mio t gegen 62,5 Mio t im dritten Quartal dieses Jahres beziffert. Diesem Mehrbedarf, der vor allem vom Hausbrand, von den Wärmekraftwerken, den Gaswerken und Kokereien ausgeht, steht eine Mehrförderung von nur 1,6 bis 1,8 Mio t gegenüber. Die Kohleneinfuhr aus dritten Ländern wird daher in den letzten drei Monaten dieses Jahres ihren bisher höchsten Stand erreichen. Ihr Umfang wird auf etwa 11,5 Mio t geschätzt, wovon 9 bis 10 Mio t aus den USA und 0,6 Mio t aus Großbritannien kommen sollen. Da die Schaffung neuer Förderkapazitäten Jahre erfordert, ist an eine Besserung der Kohlenbilanz der Gemeinschaft zunächst nicht zu denken.

Auch der gemeinsame *Stahlmarkt* stand in den letzten Monaten im allgemeinen noch im Zeichen einer Obernachfrage, wenn sich auch im einzelnen, so vor allem in Westdeutschland, bereits gewisse Auflockerungstendenzen bemerkbar gemacht haben. Gemessen an den Auftragseingängen für Walzwerkserzeugnisse, hielt sich die Nachfrage im ersten Halbjahr 1956 um etwa 5 vH über ihrem Niveau in der gleichen Zeit 1955. Die Rohstahlerzeugung der Gemeinschaft erreichte gleichzeitig einen neuen Höchststand; mit 27,9 Mio t in den ersten sechs Monaten dieses Jahres übertraf sie ihr Ergebnis in der gleichen Zeit von 1955 um mehr als 2 Mio t oder 8,3 vH. Auch hier verzeichnete die Bundesrepublik mit 1 Mio t die größte Zunahme. Die Roheisenerzeugung der Gemeinschaft betrug in der Berichtszeit 21,4 Mio t oder

etwa 7 vH mehr als im gleichen Zeitabschnitt von 1955. Die Schwierigkeiten in der Schrottversorgung und das Zurückbleiben der Roheisenproduktion hinter der Rohstahlerzeugung haben der Hohen Behörde Anlaß gegeben, erneut auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Hochofenkapazitäten hinzuweisen<sup>10)</sup>.

Nach einer kürzlich erschienenen *Investitions-erhebung der Hohen Behörde*<sup>11)</sup> kann der durchschnittliche jährliche Gesamtinvestitionsaufwand in der Kohle- und Stahlgemeinschaft zur Zeit auf etwa 1 Mrd. \$ veranschlagt werden. An diesem Gesamtaufwand waren im Durchschnitt der letzten drei Jahre die Eisen- und Stahlindustrie mit 51 vH, der Steinkohlenbergbau einschließlich der unabhängigen Kokereien und der Brikettfabriken mit 45 vH und der Erzbergbau sowie die Braunkohlenbrikettfabriken mit 4 vH beteiligt. Die Erhebung zeigt u. a., daß von 1954 auf 1955 die Investitionen im Kohlenbergbau der Gemeinschaft um fast 10 vH zurückgegangen sind und daß eine stärkere Zunahme der Investitionstätigkeit in diesem Bereich sich auf Grund der vorliegenden Angaben noch nicht erwarten läßt. Die Eisen- und Stahlindustrie hat dagegen im Jahre 1955 nicht nur den 1954 eingetretenen Investitionsrückschlag ausgleichen, sondern auch das an sich schon hohe Niveau des Jahres 1953 noch um etwa 6,5 vH überschreiten können. Auf diesem Gebiet habe die Herbeiführung des Gemeinsamen Marktes deutlich die Tendenz zur Modernisierung der Anlagen verstärkt, eine Tendenz, die sich offensichtlich auch in der nächsten Zukunft fortsetzen werde. Für 1956 sind für den Steinkohlenbergbau Aufwendungen in Höhe von 474 Mio \$, für die Eisen- und Stahlindustrie in Höhe von 654 Mio \$ vorgesehen. Das Problem der Schaffung neuer Schachtanlagen erscheint besonders dringlich, da die derzeitigen Fördermöglichkeiten bereits 1960 unzureichend sein dürften. Auch die Voranschläge für die Entwicklung der Kokereien werden als zu knapp bezeichnet.

Die *Tätigkeit der Hohen Behörde* war auch in den letzten Monaten vor allem darauf gerichtet, die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Gemeinsamen Markt durch eine Koordinierung der Preispolitik der einzelnen Länder, Beseitigung von Subventionen, Diskriminierungen usw. zu verbessern. Nach der Grubenkatastrophe von Marcinelle beschloß sie, unverzüglich eine Konferenz der Regierungen der sechs Länder der Montanunion einzuberufen, um die Fragen der Sicherheitsmaßnahmen im Kohlenbergbau zu prüfen.

*Dr. Iwas Schröder-Brzosniowsky*

10) Vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1956, Heft 7, S. 435.

11) Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft, Bericht über die Erhebung 1956, Juli 1956.